Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 175 (2009)

Heft: 11

Artikel: Braucht die Schweiz eine Rüstungsindustrie?

Autor: Cantoni, Andreas

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-396

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Braucht die Schweiz eine Rüstungsindustrie?

Das Streitgespräch zur aufgeworfenen Frage ist im Hinblick auf die Volksabstimmung über die GSoA-Initiative «Für ein Verbot von Kriegsmaterialexporten» von erhöhter Aktualität. Dabei zeigt sich, dass die Differenzen der Kontrahenten hauptsächlich aus einer unterschiedlichen Beurteilung der Bedrohung resultieren. Die Redaktion ASMZ hofft, dass die Stimmbürger der realistischeren Einschätzung der Bedrohung folgen und die Initiative mit überwältigendem Mehr verwerfen. *Be*

Andreas Cantoni, Redaktor ASMZ

Wie beurteilen Sie die sicherheitspolitische Bedeutung der Rüstungsindustrie für die Schweiz? Welche anderen Bedeutungen halten Sie für relevant?

Herr Nationalrat Geri Müller(Müller): Von grosser Bedeutung ist der Wunsch und die Vorstellung, dass ein Land eine unabhängige Waffenindustrie braucht, um gegen mögliche Bedrohungen gewappnet zu sein. Diese Vorstellung, dass die Schweiz dadurch von niemanden bedroht werden kann, ist utopisch. Auch wenn eine Armee nötig wäre, bräuchte es keine eigene Rüstung. Der Beweis: Weltweit gibt es genügend Länder und Organisationen, die mit fremden Waffen wehrfähig sind. Die wirtschaftliche Bedeutung der Rüstungsindustrie ist gering. Rüstung ist eigentlich ein staatlicher Auftrag, somit ist der Haupteinkäufer der Bund, oder anders gesagt, staatlich subventionierte Arbeitsplätze. Das gleiche Geld könnte aber ergo auch in andere Arbeitsplätze investiert werden, welche für die Schweiz langfristig mehr bringen. Zum Beispiel im Gesundheitswesen, dort fehlen in naher Zukunft 16 000 Fachleute, welche dringend heute ausgebildet werden müssen. Oder Investitionen in energieeffiziente und erneuerbare Energie, um die grosse Abhängigkeit von fossilen Energieträgern zu reduzieren. Diese zwei Bereiche sind gleichzeitig die Bereiche, welche sicherheitspolitische Relevanz haben.

Herr Dr. Jean-Philippe Kohl (Kohl): Die sicherheitspolitische Bedeutung der Rüstungsindustrie umfasst zwei Aspekte: Einerseits die rüstungspolitische, andererseits die wirtschaftspolitische Bedeutung.

Am 29. November an die Urnen: Lehnen Sie die Volksinitiative «Für ein Verbot von Kriegsmaterial» ab!

Alfred Markwalder, Redaktor ASMZ

Im Jahre 2005 hat die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) ein generelles Waffenausfuhrverbot angestrebt. In der Folge reichte im September 2007 das Initiativkomitee «Bündnis gegen Kriegsmaterial-Exporte» eine Volksinitiative ein, welche die folgenden drei Hauptforderungen enthält:

- Der Bund soll internationale Bestrebungen für Abrüstung und Rüstungskontrolle unterstützen und fördern. Es wird im Text nicht ausgeführt, in welcher Weise und in welchem Umfang die verlangten Aktivitäten des Bundes zu erfolgen haben.
- Die Initiative fordert ein Verbot der Aus- und Durchfuhr von Rüstungsgütern. Ebenso soll die Vermittlung von und der Handel mit entsprechenden Gütern verboten werden, sofern der Empfänger oder die Empfängerin den Sitz oder Wohnsitz im Ausland hat.
- Schliesslich verlangt die Initiative, dass der Bund die betroffenen Regionen und Beschäftigten während zehn Jahren unterstützt, um wirtschaftliche und beschäftigungspolitische Auswirkungen zu kompensieren. Wie diese Unterstützung umzusetzen ist, wird in der Initiative nicht festgelegt. Entsprechende Gesetzesbestimmungen müsste das Parlament verabschieden.

Die Initiative, über welche wir Ende November abstimmen werden, ist recht eigentlich eine Neuauflage der Vorlage von 1997, welche das Schweizer Volk damals mit 77,5 % wuchtig verworfen hat. Auch die nun vorliegende Initiative wurde von Bundesrat und Parlament abgelehnt.
Wir verfügen in der Schweiz traditionsgemäss über eine Rüstungsindustrie mit über 5000 Beschäftigten, welche für unsere Armee nicht nur Rüstungsgüter herstellt, sondern während deren Lebensdauer auch für den Unterhalt besorgt ist. Die Initiative bedroht also einen wichtigen Industriezweig, denn ohne Exportmöglichkeiten wäre unsere Wehrindustrie nicht überlebensfähig. Betroffen wären auch viele Zuliefer- und Dienstleistungsbetriebe.
Eine Studie hat ergeben, dass die mit der Initiative verlangte Unterstützung der betroffenen Beschäftigten und Betriebe für den Bund zusammen mit den Steuer- und Sozialversicherungsausfällen Gesamtkosten von über 500 Millionen Franken zur Folge hätte.
Eine Annahme würde zur Gefährdung unserer Sicherheit beitragen – die Schweiz wäre im Krisen- oder Kriegsfall hinsichtlich Beschaffung von Rüstungsgütern vollständig von anderen Staaten abhängig.

Deshalb: Gehen Sie an die Urne und lehnen Sie die am 29. November zur Abstimmung gelangende Initiative ab – zu Gunsten einer sicheren Schweiz!

Aus der Sicherheitspolitik ergibt sich ein Bedarf der öffentlichen Hand an Gütern und Dienstleistungen, welche die Rüstungsindustrie als Anbieter dieser Produkte bereitzustellen vermag. Mit der Rüstungsbeschaffung wird letztlich das öffentliche Gut «Sicherheit» hergestellt. Die schweizerische Rüstungsindustrie ist in der Lage, einen Teil dieses inländischen Bedarfs an Rüstungsgütern zu decken. Damit ist auch klar, dass ein weiterer Teil der benötigten Rüstungsgüter importiert werden muss. Das von Ihnen, Herr Müller, skizzierte Bild einer unabhängigen Schweizer Rüstungsindustrie hat deshalb keine Realitätsgrundlage und kann auch kein Ziel sein.

Was die wirtschaftspolitische Bedeutung anbelangt, geht es bei der Rüstungsindustrie um einen Wirtschaftszweig mit über 5000 Arbeitsplätzen (bei Einbezug von Dual-Use- und zivilen Gütern sind es mehr als 10 000 Arbeitsplätze). Ob das nun viel oder wenig sei, ist zweitrangig. Es ist auf jeden Fall eine international wettbewerbsfähige Industrie, die ihre Produkte ohne staatliche Subventionen im Ausland verkaufen kann und im spitzentechnologischen Umfeld angesiedelt ist. Die Rüstungsindustrie ist ein Teil der Schweizer Maschinenindustrie und gehört genauso dazu wie die Textilmaschinenindustrie oder die Werkzeugmaschinenindustrie.

Warum führt die Rüstungspolitik in der Schweiz ein Schattendasein?

Kohl: Seit dem Mauerfall und der Beendigung des Kalten Krieges ging die Nachfrage nach Rüstungsgütern zurück, zumindest, was die Schweiz anbelangt. Die Militärausgaben sinken, was eine Folge der weltpolitisch veränderten Situation ist. Die Qualifizierung dieser Entwicklung als Schattendasein scheint mir etwas überzeichnet zu sein, denn es wird immer einen Bedarf an Rüstungsgütern geben, um eben dieses öffentliche Gut «Sicherheit» bereitzustellen. Diesen Bedarf gilt es, den veränderten geopolitischen Gefahren entsprechend anzupassen und neu zu definieren. Wir versprechen uns diesbezüglich Antworten auf diese Frage im neuen Sicherheitspolitischen Bericht.

Müller: Es hat zwei Schattenseiten. Sie haben den Mauerfall genannt, und wir müssen heute feststellen, dass ein paar Jahre danach die Rüstungseinkäufe weltweit massiv gestiegen sind. Nicht mal während des Kalten Krieges waren die Rüstungseinkäufe so massiv. Die Schweiz aber hat in dieser Zeit tatsächlich einen Abbau gehabt, aber aus anderen Gründen. Das Problem lag an einer Blockade zwischen der Partei des Militärvorstehers und ihm selbst, welche ihn in der Folge isolierte. Es geht um die strategische Frage, wie die grossen Energiekonsumenten (USA, Europa, Russland, VFR China) ihre Ressourcen, hauptsächlich Uran und fossile Energieträger, sichern können. Die Essenz der neuen Kriege ist die Sicherung der Energiereserven. In diesem Bereich spielt die Schweiz eine kleine Rolle.

Nationalrat Geri Müller und Dr. Jean-Philippe Kohl (v.l.n.r) im Streitgespräch.
Bild: Andreas Cantoni

Wie beurteilen Sie mögliche Alternativen zu einer Rüstungspolitik, die auf eine schweizerische Rüstungsindustrie verzichten würde?

Müller: Die Armee und die Rüstungsindustrie antworten nur auf einen ganz kleinen Teil der Sicherheitsproblematik, nämlich den militärischen Angriff und die Besetzung der Schweiz. Diese Wahrscheinlichkeit ist sehr klein. Meines Erachtens wurde noch zu wenig analysiert, wie ein militärischer Konflikt entsteht. In der Wissenschaft gibt es viele Analysen, die von der Politik nicht übernommen wurden. Die heutigen Konflikt-Orte sind entweder Durchfahrtsstrassen zu Quellen (z. B. der Suezkanal) oder Quellorte der Ressourcen. Den grossen Mächten ist bewusst, dass das Schmiermittel der freien Marktwirtschaft das Erdöl ist. Dieses liegt mitten auf dem Schachbrett der Interessen, im Nahen und Mittleren Osten, China sowie Kaukasus, hier sind die letzten fetten Reserven, welche verteidigt werden müssen. Die Schweiz könnte sich im Gegensatz dazu auf die Entwicklung der Energie selbst konzentrieren, um dann in ein paar Jahren allen zeigen zu können, dass die Schweiz nicht abhängig von fossilen Stoffen ist und das Geld statt in die Rüstung, in die Entwicklung von Alternativen steckte.

Kohl: Das ist eine schlechte Alternative. In diesem Fall müsste nämlich der gesamte Bedarf an Rüstungsgütern importiert werden, was nicht sinnvoll ist, weil in der Schweiz eine international wettbewerbsfähige Rüstungsindustrie besteht, die einen Teil des Bedarfs der Schweizer Armee decken kann. Etwas zu zerstören, was ökonomisch lebensfähig ist – was die Folge der Initiative «Für ein Verbot von Kriegsmaterialexporten» wäre –, ergibt einfach keinen Sinn. Zudem würde sich die Schweiz bei einem völligen Verzicht auf eigene Rüstungskapazitäten in eine einseitige Abhängigkeit begeben.

Wie soll die Rüstungspolitik auf nicht militärische Bedrohungen (Terrorismus, natürliche und technologische Katastrophen, Cyberwar, usw.) reagieren?

Kohl: Um diesen Bedrohungen begegnen zu können, braucht es ausgewählte Güter und Dienstleistungen. Die Rüstungsindustrie, die treffender eigentlich als Sicherheits- und Wehrindustrie bezeichnet werden müsste, ist in der Lage, genau solche Güter bereitzustellen. Die Beschaffungsseite, also die öffentliche Hand, hat zu definieren, was sie braucht.

Müller: Gehen wir von 4 Milliarden Armeebudget vom letzten Jahr aus und überlegen wir uns, was uns am meisten bedroht. Das könnte ein Ansatz sein und ist für mich der Ausgangspunkt der Überlegung. Meiner Meinung nach wäre die Antwort klar: es braucht Investitionen gegen die weltweite Ökokatastrophe, welche

Hunger, Flucht und Konflikte erzeugt. Es braucht Wasser gegen die Versteppung, es braucht Alternativen zur Urwaldrodung und es braucht neue Energietechnologien. Die Welt ist nicht mehr in der Lage, die Wirtschaftstheorie der Nordhalbkugel auf andere Länder auszubauen, wegen der Ressourcenknappheit und des darum ausgelösten Kampfes. Wir glauben, Wachstum sei das Einzige, das die Welt retten könne. Doch da fehlt es am Elementaren; dem Wasser. Wir können nicht mehr alles, was wir anbauen, bewässern. Die betroffenen Menschen müssen ihre Heimat verlassen, stossen dabei wieder auf andere ohne Ressourcen und ein weiterer Konflikt beginnt. Krieg ist eine wirtschaftlich bedingte Folge von Ausbeutung von Ressourcen, die man im Keim ersticken muss und nicht erst, wenn ein Selbstmordattentäter vor einem steht.

Kohl: Hiermit bin ich nicht einverstanden, Herr Müller. Sie tun so, also ob sich die Politik gegenüber bestimmten Bedrohungsformen verschliessen würde. Alle Bedrohungen stehen auf der politischen Agenda und verlangen nach entsprechenden Massnahmen, die auch ergriffen werden. Nehmen Sie die Ökologie, es ist ja keinesfalls so, dass wir im Umweltschutz nichts unternehmen würden und einfach die Füsse hoch lagern. Sie sagen, dass zwei Panzerarmeen nicht mehr aufeinander losgehen werden. Mich interessiert, ist diese Wahrscheinlichkeit klein oder ist sie null. Weniger als klein kann sie nicht sein, weil wir die Zukunft nicht kennen: Nur weil wir heute in Europa Frieden haben, heisst das nicht, dass dies in Zukunft immer so sein wird. Solange auch nur eine kleine Wahrscheinlichkeit für solche Konflikte besteht, würde ich an einer klassischen Verteidigungsarmee, in welcher Form auch immer, unbedingt festhalten.

Müller: Wir können die Welt nicht verändern, aber wir können eine Vorbildfunktion für andere Länder schaffen. Es gibt Menschen, die die Schweiz nach anderen Strategien und Lösungen anfragen, weil unser Land eine so hohe Achtung geniesst. So hat beispielsweise die Firma Oerlikon Bührle früher Waffen hergestellt, produziert heute in Altstätten/SG unter anderem die berühmten Solardünnschichtzellen. Das Bedürfnis nach dieser Technologie ist gross.

Der nächste Sicherheitspolitische Bericht steht vor der Türe. Welche Überlegungen müssten im Hinblick auf die Rüstungspolitik bereits auf dieser Stufe einfliessen?

Müller: Die Bedrohungsanalysen dürfen nicht nur die kriegerischen und terroristischen Ereignisse berücksichtigen, sondern auch die anderen Bedrohungen müssen beachtet und gewertet werden. Ich bin bereit, dafür die Grenzen des schweizerischen Bodens zu sprengen und die benötigten Güter oder diplomatischen Dienste dafür bereit zu stellen.

Kohl: Wir erwarten, dass in diesem Bericht die Schweizer Rüstungsindustrie als Bestandteil einer glaubwürdigen Sicherheitspolitik dargestellt wird. Dies bedingt den Erhalt der Exportfähigkeit dieser Industrie. Mit einer Beschränkung ausschliesslich auf den kleinen Heimmarkt könnte diese rüstungstechnologische Basis keinesfalls erhalten werden. Die Schweizer Rüstungsexporte geschehen übrigens im Rahmen internationaler Regeln, zu welchen sich auch die Schweiz bekannt hat. ■

Allrad-Abenteurer.

Lernen Sie den neuen Saab 9-3X SportCombi als progressiven Allrounder kennen. Seine intelligente Allradtechnologie XWD und das höher gelegte Fahrwerk machen ihn zum multifunktionalen Wegbegleiter auch fernab von Asphaltpisten. In markantem Design und mit verantwortungsbewusster Leistung steht er ab sofort als wegweisende SUV Alternative für besonders aktive moderne Menschen bereit.
Zu erleben jetzt auf Ihrer Probefahrt!

Der neue Saab 9-3X SportCombi
ab CHF 57 600.–

SAAB
move your mind™

Aaretal Garage AG
Bernstrasse 91 - 93
3110 Münsingen
031 721 33 33
www.saabhess.ch

Die Aaretal Garage AG